

25.10.13 PSYCHOLOGIESTUDENTEN

Streit um Masterstudienplätze – Protest auf Ausschusssitzung

Auf der Sitzung des Wissenschaftsausschusses haben 15 Psychologiestudenten mit Plakaten gegen das Vergabeverfahren für Masterstudienplätze protestiert. Mehrere hundert Studenten hatten zu diesem Wintersemester keinen Platz bekommen.

Foto: Nadia Ramos



Psychologiestudenten der Universität Hamburg demonstrierten am Donnerstagabend auf dem Wissenschaftsausschuss

Google Anzeige

Studieren in Hamburg

Anerkannte Qualität garantiert eine Spitzenausbildung. Alle Infos hier.

www.fh-riedlingen.de/hamburg

Hamburg. Rund 15 Psychologie-Studenten haben erneut gegen das **Vergabeverfahren für Masterstudienplätze** an der Universität Hamburg demonstriert. Auf der öffentlichen Sitzung des Wissenschaftsausschusses der Bürgerschaft am Donnerstagabend, an dem auch Senatorin Dorothee Stapelfeldt (SPD) teilnahm, hielten sie Plakate mit der Aufschrift "Schluss mit dem Master-Desaster" in die Luft.

Nach wenigen Minuten wurden sie gebeten, die Schilder wieder einzupacken. An der Sitzung durften sie jedoch weiter teilnehmen. Thema der Ausschusssitzung war unter anderem "Übergang vom Bachelor zum Master im Lehramt".

Vergangenen Woche hatten Psychologiestudenten der Universität Hamburg dem Senat eine Petition mit mehr als **15.000 Unterschriften** übergeben. Die Unterzeichner fordern von der Stadt ein Sofortprogramm und die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten, da viele Bachelor-Absolventen zum Wintersemester keinen Platz für ein Anschlussstudium erhielten.

Mit der Protestaktion am Donnerstagabend wollten die Studenten ihrer Forderung Nachdruck verleihen und deutlich machen, dass sie zeitnah eine Antwort aus der Behörde für Wissenschaft erwarten.

Nach den Daten der Universität Hamburg bewarben sich im Sommer 1513 Studierende aus dem gesamten Bundesgebiet auf 116 Masterplätze im Fach Psychologie. Wolfgang Kuhnert, Pressesprecher der Petitionsgruppe, geht von etwa 30 Hamburger Bachelorabsolventen im Fach Psychologie aus, die bei der Vergabe leer ausgingen. Dies widerspreche den Zusagen des Hochschulpaktes von 2011, der "ausreichend Plätze" für Landeskinder zusichert. Die Wissenschaftsbehörde verweist im Gegenzug auf eine fehlende rechtliche Handhabe, um Hamburger Absolventen bei der Platzvergabe zu bevorzugen.

Die Universität teilte bereits vor Wochen mit, dass sie im Rahmen ihres Budgets die maximale Anzahl an Masterplätzen geschaffen habe. Die Unterzeichner der Petition hoffen, den Senat mit Hilfe von Bürgerschaftsabgeordneten der Grünen und Linken zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel bewegen zu können.

(cia/crh)